

hungen, um die Bildung des Gewissens und seine Unersetzlichkeit sowie um die Notwendigkeit eines differenzierten pastoralen Gesprächs weiß. Nur in einem solchen umfassenderen Konzept kann die besondere Sorge um die hier angesprochenen Menschen gelingen. Deshalb sind hier auch langfristige und geduldige Prozesse theologischer, spiritueller und pastoraler Bildung notwendig.

Diese Grundsätze bedürfen auch noch der entsprechenden Umsetzung auf anderen Gebieten, so z. B. im kirchlichen Dienst- und Arbeitsrecht. Die Deutsche Bischofskonferenz bemüht sich um solche Klärungen.

Des weiteren bedürfte auch die Beurteilung noch nicht ehelicher oder dauerhaft nichtehelicher Lebensgemeinschaften sowie nur zivilrechtlich geschlossener Ehen von Christen einer ähnlich differenzierten Sicht. Pauschale Verurteilungen oder pauschale Leichtfertigkeit bei der Frage der Zulassung zu den Sakramenten sind hier ebenso unangebracht wie für die Gruppe der Wiederverheirateten Geschiedenen. Viele Probleme, die hier behandelt worden sind, stellen auch allgemeine Aufgaben der gegenwärtigen Pastoral dar. Man darf darum nicht nur an die Adresse Wiederverheirateter Geschiedener strenge Anforderungen stellen, wie z. B. hinsichtlich der Voraussetzung für den Kommunionempfang, sondern das Gespräch über die Pastoral für Menschen aus zerbrochenen Ehen deckt auch Defizite in anderen Bereichen auf, die alle angehen, wie z. B. die würdevolle Teilnahme am Tisch des Herrn. Hier wäre auch an eine Wiederentdeckung und Erneuerung der „geistlichen Kommunion“ zu erinnern.

Damit kommen wir wieder auf ein Grunderfordernis zurück. Nur wenn auch in der Theorie und Praxis der Ehe die Mitte des christlichen Glaubens grundlegend gestärkt wird, kann die Kirche ohne Mißverständnisse für Menschen aus gescheiterten Ehen eintreten, ganz besonders für wiederverheiratete Geschiedene. Vor allem kommt es auf das gelebte Zeugnis der christlichen Eheleute an. Es ist durch nichts ersetzbar. Diese Stärke des Evangeliums entscheidet über die Kraft, in der richtigen Weise mit Grenzfällen umzugehen. Dies gilt besonders dann, wenn diese im Wachsen begriffen sind und geradezu überhandnehmen. Um so notwendiger ist eine ausgeglichene, besonnene Grundhaltung, die freilich immer wieder neu gewonnen werden muß. Der große Kirchenvater Gregor von Nazianz bringt diese auf den Nenner: „Nicht durch Strenge übertreiben, nicht durch schwächliche Nachgiebigkeit revoltieren.“

Freiburg i. Br., Mainz, Rottenburg, am 10. Juli 1993.

Oskar Saier  
 Erzbischof von Freiburg i. Br.  
 Karl Lehmann  
 Bischof von Mainz  
 Walter Kasper  
 Bischof von Rottenburg-Stuttgart

# Droht hohe Dauerarbeitslosigkeit?

## Mittelfristige Perspektiven für den deutschen Arbeitsmarkt

*Die Arbeitslosenquote liegt derzeit in den alten Bundesländern bei 8,4, in den neuen bei 16 Prozent der Erwerbspersonen. Wie wird die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt in Ost und West weitergehen? Bis wann werden die Verhältnisse in den neuen Bundesländern ins Lot kommen? Wolfgang Klauder, Leiter des Arbeitsbereichs mittel- und langfristige Vorausschau im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, geht im folgenden Beitrag diesen Fragen nach. Sein Fazit: Es braucht vor allem mehr Dynamik und Flexibilität für den unumgänglichen Strukturwandel, aber auch eine aktive Arbeitsmarktpolitik.*

Ende Juli 1993 registrierten die Arbeitsämter im vereinten Deutschland rd. 3,5 Mio Arbeitslose, fast 0,5 Mio mehr als ein Jahr zuvor und rd. 0,9 Mio mehr als 1991. Auf Westdeutschland entfielen über 2,3 Mio – das ist der höchste Stand seit 1949 –, auf Ostdeutschland fast 1,2 Mio Arbeitslose. Die Arbeitslosenquote betrug im Westen durchschnittlich 8,4 Prozent, im Osten durchschnittlich 16,0 Prozent der Erwerbspersonen ohne Selbständige und Mithelfende. Im kommenden Winter könnte die Arbeitslosenzahl die 4 Mio-Grenze überschreiten.

Statt 3,5 Mio hätte es sogar bereits ca. 5,4 Mio Arbeitslose gegeben, wenn nicht der Arbeitsmarkt durch die Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) wie Kurzarbeitergeld,

Weiterbildung, Arbeitsbeschaffung, Vorruhestands- und Altersübergangsgeld entlastet würde, derzeit um ca. 1,9 Mio Personen, dabei im Westen um ca. 0,4 Mio und im Osten um ca. 1,5 Mio Personen. Bedenkt man außerdem die sog. Stille Reserve mit ca. 1,8 Mio Personen, ergibt sich im vereinten Deutschland sogar eine rechnerische Arbeitsplatzlücke von rd. 7 Mio. Das bedeutet bei einem gesamtdeutschen Erwerbspersonenpotential von fast 42 Mio., daß etwa *jeder Sechste des Potentials* ohne Arbeitsplatz ist.

Nun kann man freilich einwenden, daß manche Personen in der Stillen Reserve nicht unbedingt auf eine Erwerbstätigkeit angewiesen sind, daß es sich beim Vorruhestand um einen von der Gesellschaft weitgehend akzeptierten Alternativ-Status

zur Erwerbstätigkeit handelt und daß es auch *unechte Arbeitslose* gibt, die es sich lediglich im sozialen Netz bequem gemacht haben. Hätten letztere tatsächlich nicht nur einen Anteil von wenigen Prozent, müßten allerdings in manchen Orten extrem viele unwillige und in anderen fast nur fleißige Leute wohnen, da die Arbeitslosigkeit regional in Abhängigkeit vom Angebot an Arbeitsplätzen enorm streut. Andererseits beschreiben die genannten Zahlen noch nicht das gesamte Ausmaß des Arbeitsmarktproblems, denn auch eine nicht ganz geringe Anzahl der regulären Arbeitsplätze wäre in Ost und West ohne staatliche Subventionen nicht international wettbewerbsfähig. Ferner droht zu den bisherigen Krisenbranchen wie Landwirtschaft, Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie, Schiffbau die Autoindustrie hinzuzustoßen, einer der bisherigen Hauptwachstumsträger.

Ist diese Rezession also mehr als eine der üblichen Konjunkturerinbrüche? Überfordert etwa der Aufbau Ostdeutschlands die westdeutsche Wirtschaft? Oder geht uns gar prinzipiell allmählich die Erwerbsarbeit aus? Hat nicht in Westdeutschland bereits seit den 70er Jahren jede Rezession zu einem höheren Sockel an Arbeitslosigkeit geführt, der auch in den nachfolgenden Aufschwungsjahren nicht mehr wesentlich abgebaut werden konnte? Werfen wir zur Beantwortung derartiger Fragen heute immer wieder gestellten Fragen einen Blick auf die Tendenzen und Ursachen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in den beiden Landesteilen.

## Das westdeutsche Erwerbspotential ist ständig gestiegen

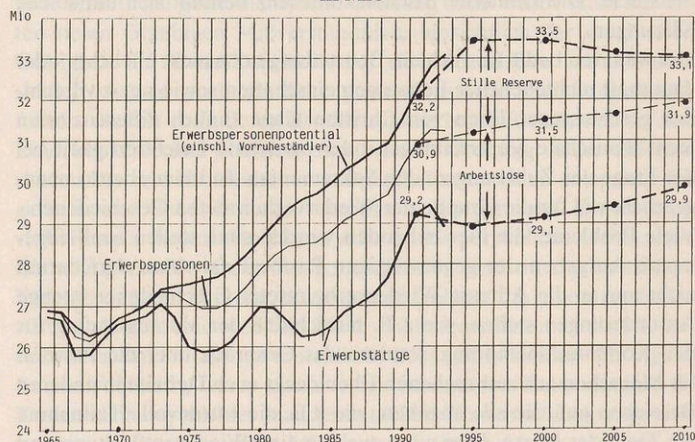
Nicht beachtet wird häufig, daß in *Westdeutschland* die beiden Beschäftigungseinbrüche der Jahre 1974–76 (–1,2 Mio) und der Jahre 1981–83 (–0,7 Mio) jeweils binnen vier Jahren wieder aufgeholt werden konnten (vgl. Übersicht 1). 1992 gab es sogar 2,4 Mio mehr Erwerbstätige als 1987 bzw. als im letzten Vollbeschäftigungsjahr 1973. Daß es trotzdem per Saldo während der ganzen Zeit zu keinem durchgreifenden Abbau der Arbeitslosigkeit kam, hat damit zu tun, daß im gleichen Zeitraum das Erwerbspersonenpotential ständig relativ stark anstieg, bedingt zunächst durch stark besetzte Nachwuchsjahrgänge und zunehmende Frauenerwerbsneigung, in den letzten Jahren vor allem durch die Zuwanderung von Ostdeutschen, Aussiedlern und Ausländern sowie durch ostdeutsche Einpendler.

Dadurch gab es 1992 in Westdeutschland ca. 2,3 Mio potentielle Erwerbspersonen mehr als 1987 und ca. 5,4 Mio mehr als im letzten Vollbeschäftigungsjahr 1973. Der Potentialanstieg übertraf folglich den Beschäftigungszuwachs insgesamt um rd. 3 Mio, wodurch sich im Vergleich zu 1973 per Saldo die registrierte Arbeitslosigkeit um rd. 2 Mio und die Stille Reserve um rd. 1 Mio erhöhte. Um einen Potentialanstieg dieser Größenordnungen voll zu absorbieren, hätte es einer Beschäftigungsdynamik wie zwischen 1950 und 1965 bedurft. Immerhin gelang es aber in den drei Jahren 1989 bis 1991 im Zuge

des Wiedervereinigungsbooms – trotz eines gleichzeitigen Potentialanstieges von 1,5 Mio und eines erhöhten Sockels schwer vermittelbarer Arbeitsloser – die Arbeitslosigkeit um 550 000 Personen zu verringern.

### Übersicht 1

#### Westdeutsche Arbeitsmarktbilanz 1965 – 1993 und Projektion der Prognos-AG 1991 – 2001 in Mio



Quelle: IAB, BA, Statistisches Bundesamt und Prognos Deutschland Report Nr. 1, Basel 1993 – Inlandskonzept IAB-VII/1-8/93

Im Verlauf des Jahres 1992 ist nunmehr ebenfalls der seit 1983 anhaltende Wirtschaftsaufschwung in eine *Rezession* umgeschlagen. Entgegen manchen Äußerungen handelt es sich allerdings bisher nicht um die tiefste Rezession der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. „Der jüngste Abschwung ist weder steiler verlaufen als seine vier Vorgänger, noch liegt der Tiefpunkt (bisher) deutlicher im Negativbereich“, wie Professor *Helmstädter*, bis 1988 Mitglied des Sachverständigenrates, kürzlich hinsichtlich der Produktionsentwicklung nachwies. Auch der Beschäftigungseinbruch hält sich bisher mit voraussichtlich rd. 0,5 Mio im Jahresdurchschnitt 1992/93 und schätzungsweise 0,3 Mio im Jahresdurchschnitt 1993/94 durchaus im Rahmen der früheren Rezessionen. Die unmittelbaren Ursachen für diese Rezession – nicht die dahinterstehenden letztlichen Ursachen – weichen ebenfalls im Grunde nicht von denen früherer Konjunkturerinbrüche ab, u. a. Konjunkturabschwächung in wichtigen Exportländern, Nachfrageüberhitzung im Inland, Lohnerhöhungen, die den Produktivitätsfortschritt weit übertreffen, eine Bundesbank, die zur Wiederherstellung der Preisstabilität massiv auf die Bremse tritt.

Inzwischen deutet manches darauf hin, daß sich bis zum Frühjahr 1994 eine konjunkturelle Erholung durchsetzen kann, sofern nicht die mittelfristig unabdingbare Konsolidierung der öffentlichen Haushalte bereits kurzfristig zu Nachfrageausfällen führt. Die Dynamik einer Aufwärtsbewegung und damit ihre Auswirkung auf den Arbeitsmarkt hängt jedoch nicht nur von konjunkturellen Nachfragefaktoren sowie der Geld-, Finanz- und Tarifpolitik, sondern auch von strukturellen Faktoren ab. Die Industrieländer stehen in der Anfangsphase eines *grundlegenden Strukturwandels* der gesamten Wirtschafts- und Ar-

beitswelt, wie er vielleicht nur mit dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft zu vergleichen ist. Man denke an die neuen Technologien, die zunehmende Internationalisierung und die nötige Ökologisierung des Wirtschaftens sowie den Wertewandel, insbesondere auch an die mit den neuen Informationstechnologien ohne Effizienzeinbußen möglich gewordenen Möglichkeiten zur Automatisierung, zur Flexibilisierung und Dezentralisierung, zur Umkehr der bisherigen Trends zur Großtechnologie und innerbetrieblichen Arbeitsteilung, zur Gruppenarbeit und „lean-production“ usw.

Der dazu erforderliche *Strukturwandel* ist jedoch offensichtlich während des letzten langanhaltenden Aufschwungs und insbesondere des Wiedervereinigungsbooms nicht genügend in Angriff genommen worden. Der Produktivitätsfortschritt hat sich dadurch in Relation zum Wirtschaftswachstum sogar stärker verlangsamt als in den 80er Jahren z. B. vom IAB und von Prognos vorausgeschätzt worden war. Die Lohnabschlüsse trugen das Ihrige zur Verschlechterung der Kostensituation bei. Die Rezession hat nunmehr die aufgelaufenen Produktivitäts- und Strukturschwächen in teilweise dramatischer Weise offengelegt und eine Standortdebatte ausgelöst.

Zur Wiederherstellung der internationalen Konkurrenzfähigkeit ist daher in den nächsten Jahren mit einem *Produktivitätsschub* zur Kostensenkung zu rechnen. Prognos hält dadurch zwar bis 2010 trotz zunächst anhaltend hoher Transferbelastung durch den Wiederaufbau Ostdeutschlands ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich jährlich gut 2 Prozent für möglich. Bei diesem Wachstumstempo werde es jedoch wegen des erhöhten Produktivitätsfortschrittes nur zu einem geringfügigen Anstieg der Beschäftigung kommen. Da auf der Angebotsseite nach allen vorliegenden Vorausschätzungen das Erwerbspersonenpotential selbst bei nur relativ geringfügigen weiteren Zuwanderungen wegen der Wiederanhebung der Altersgrenze und vor allem der steigenden Frauenerwerbsneigung vermutlich kaum vor 2010 merklich zurückgehen wird, besteht somit die Gefahr einer *Verfestigung der Arbeitslosigkeit* bei rd. 2 Mio.

## Eine tiefgehende Strukturkrise in Ostdeutschland

Während sich in Westdeutschland konjunkturelle und strukturelle Tendenzen überlagern, handelt es sich in *Ostdeutschland* zweifellos um eine tiefgreifende Strukturkrise aufgrund des Übergangs von der früheren, abgeschotteten und abgewirtschafteten, unproduktiven Planwirtschaft mit veralteter und nicht marktgerechter, schwerindustriellastiger Wirtschaftsstruktur und Technik zu einer offenen, in den Westen integrierten Marktwirtschaft. Hierauf und auf die wirtschaftspolitischen Implikationen ist der Autor an dieser Stelle bereits Anfang 1991 ausführlich eingegangen (vgl. HK, April 1991, 164 ff.). Erinnerung sei an die damalige Aussage, daß von den fast 10 Mio ehemaligen DDR-Arbeitsplätzen wahrscheinlich 6–7 Mio umzugestalten oder überflüssig seien. Diese Schätzung wird durch die inzwischen vorgelegten Berechnun-

gen der Prognos AG weitgehend bestätigt, nach denen es unter marktnahen Wettbewerbsbedingungen nur gut 4 Mio Arbeitsplätze gäbe, demzufolge an die 6 Mio der 1989 vorhandenen Arbeitsplätze in der bisherigen Form keine Zukunftschancen hätten.

Tatsächlich ist es im Zuge des historisch einmaligen gesellschaftlichen und ökonomischen Umwälzungsprozesses in den Jahren 1990 bis 1992 bereits zu einem *raschen Arbeitsplatzabbau* um rd. 3,5 Mio – also etwa ein Drittel – auf rd. 6,3 Mio gekommen. Ohne die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und das Kurzarbeitergeld der BA hätte es 1992 sogar wahrscheinlich nur noch ca. 5,5 Mio Erwerbstätige gegeben (vgl. Schaubild). Bei wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen von ca. 4 Mio blieben demzufolge nochmals 1,5 Mio Personalüberhänge bzw. Arbeitsplätze, deren Existenz per Saldo nur auf die übrigen staatlichen Stützungsmaßnahmen zurückzuführen wäre.

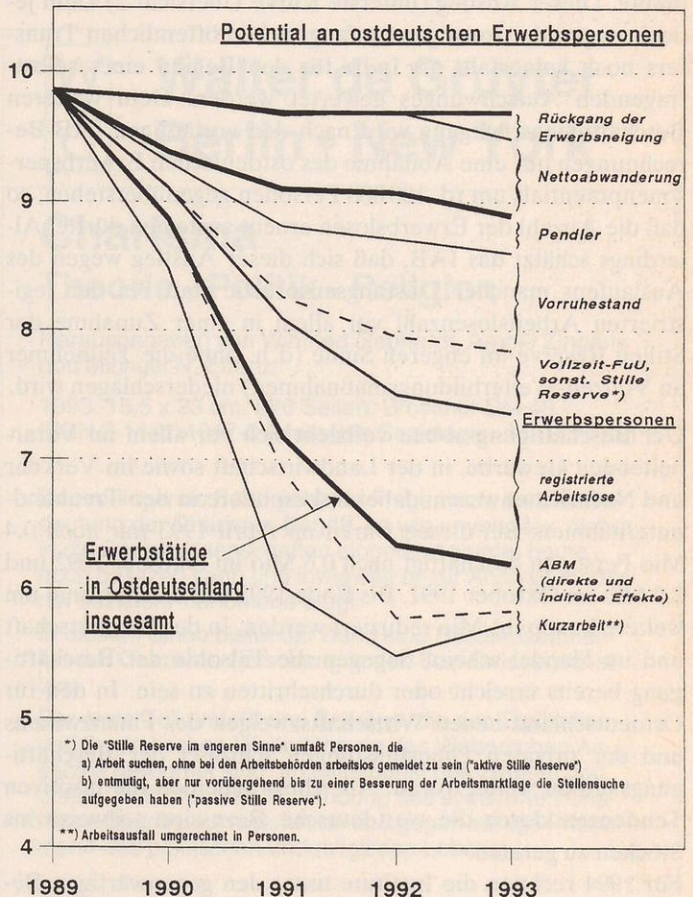
Trotz des Beschäftigungsrückganges um 3,5 Mio 1989/92 hat sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen jedoch nur auf 1,2 Mio erhöht, da zugleich das effektive Arbeitsangebot deutlich zurückging. Letzteres ist – wie Übersicht 2 zeigt – vor allem

Übersicht 2

### Arbeitsmarktbilanz für Ostdeutschland 1989 bis 1993

– Jahresdurchschnittsbestände –

in Mio.



aus: Langfristprojektion VII/1 und Kurzfristprognose VII/2; 1993 Prognose.  
IAB (VII/1-Fu), August 1993

auf Abwanderungen und Westpendeln sowie Vorruhestandsregelungen und Weiterbildungsmaßnahmen zurückzuführen, jedoch noch nicht auf eine spürbare Abnahme der Erwerbsneigung. Gesunken sind bisher fast nur die Potentialerwerbsquoten der Jüngeren im Zuge der Anpassung der Bildungsbeiliegung an westdeutsche Verhältnisse, noch kaum dagegen die der Frauen. Dies liegt offensichtlich nicht nur an einer noch unzureichenden oder als zu unsicher empfundenen Einkommenslage oder an dem Wunsch, Leistungsansprüche zu sichern oder auszuschöpfen, sondern auch an dem hohen Stellenwert der *Frauenerwerbstätigkeit* in der früheren DDR, der die Einstellung vieler Frauen nachhaltig geprägt hat.

### Es braucht eine enorme Umschichtung der Arbeitsplätze

In diesem Jahr könnte die Zahl der Erwerbstätigen nach vorsichtiger IAB-Einschätzung um weitere 0,1–0,2 Mio zurückgehen, nach den jüngsten Vorausschätzungen einiger Wirtschaftsforschungsinstitute sogar um 0,3 Mio, wobei wegen der Kürzungen bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und den 1992 erschwerten Voraussetzungen für Kurzarbeit der Anteil der nicht von der BA gestützten Beschäftigung sogar steigen müßte. Dieser Anstieg (unterste Kurve Übersicht 2) kann jedoch wegen der sonstigen umfangreichen öffentlichen Transfers noch keinesfalls als Indiz für den Beginn eines selbsttragenden Aufschwunges gewertet werden. Dem weiteren Beschäftigungsrückgang wird nach den vorläufigen IAB-Berechnungen nur eine Abnahme des ostdeutschen Erwerbspersonenpotentials um rd. 100 000 Personen gegenüberstehen, so daß die Anzahl der Erwerbslosen erneut ansteigen dürfte. Allerdings schätzt das IAB, daß sich dieser Anstieg wegen des Auslaufens mancher Leistungsansprüche statt bei der registrierten Arbeitslosenzahl vor allem in einer Zunahme der Stillen Reserve im engeren Sinne (d. h. ohne die Teilnehmer an Vollzeit-Weiterbildungsmaßnahmen) niederschlagen wird.

Der Beschäftigungsabbau vollzieht sich vor allem im Verarbeitenden Gewerbe, in der Landwirtschaft sowie im Verkehr und Nachrichtenwesen, dabei insbesondere in den Treuhandunternehmen. Bei diesen waren im April 1993 nur noch 0,4 Mio Personen beschäftigt nach 0,6 Mio im Oktober 1992 und 2,0 Mio im Oktober 1991. Bis Ende 1993 soll das Personal um weitere knapp 0,1 Mio reduziert werden. In der Bauwirtschaft und im Handel scheint dagegen die Talsohle der Beschäftigung bereits erreicht oder durchschritten zu sein. In den für Ostdeutschland neuen Wirtschaftszweigen des Finanzwesens und der privaten Dienstleistungen schreitet der Beschäftigungsaufbau weiter voran. Allerdings scheinen die positiven Tendenzen durch die westdeutsche Rezession teilweise ins Stocken zu geraten.

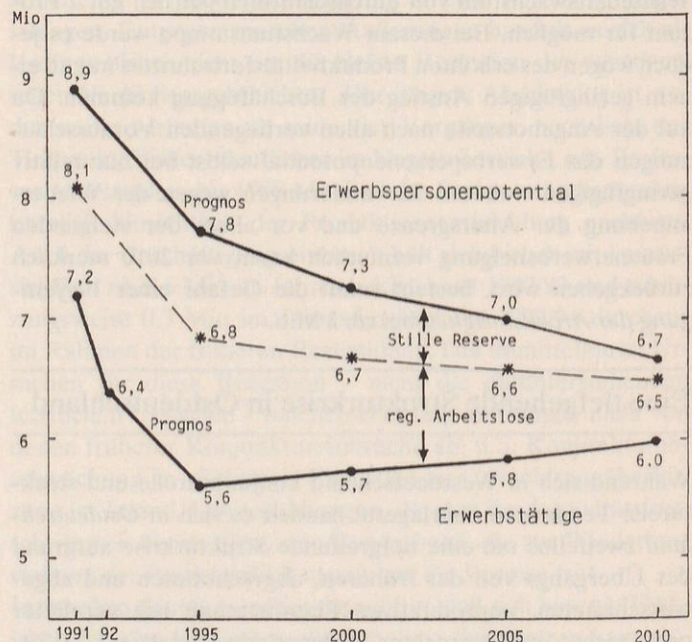
Für 1994 rechnen die Institute unter den gegenwärtigen Bedingungen mit einem nochmaligen, wenn auch abgeschwächten Rückgang der Erwerbstätigenzahl und einer unverändert

hohen Arbeitslosenzahl von 1,1–1,2 Mio. Nach einem kürzlich von der Prognos AG veröffentlichten Deutschland-Szenario würde die Beschäftigung in Ostdeutschland sogar noch bis auf 5,6 Mio im Jahre 1995 zurückgehen (vgl. Übersicht 3). Erst für die zweite Hälfte der 90er Jahre erwartet Prognos einen leichten Wiederanstieg der Beschäftigung. Dieser ist jedoch so gering, daß es 2000 mit rd. 5,7 Mio und selbst 2010 mit dann rd. 6,0 Mio noch weniger Erwerbstätige geben würde als heute.

Diese Prognosewerte resultieren daraus, daß die Produktivität aufgrund des enormen Rückstandes zunächst deutlich stärker steigt als das Bruttoinlandsprodukt, dessen Wachstumsrate bis 2000 gegenüber 1992 immerhin auf 9,6 Prozent p. a. eingeschätzt wird. Da Prognos für den Zeitraum 1992 bis 2010 noch eine Abwanderung von 0,8 Mio Ostdeutschen unterstellt, würde eine ostdeutsche Erwerbstätigenzahl von 6,0 Mio einem Anteil von 17 Prozent an der gesamtdeutschen Erwerbstätigkeit entsprechen und damit dann allerdings auch dem ostdeutschen Bevölkerungsanteil. Der nur allmähliche Wiederanstieg der Beschäftigung impliziert jedoch, daß sich auch die registrierte Arbeitslosigkeit lediglich langsam und bis 2000 nur auf rd. 1 Mio auf selbst bis 2010 nur auf 0,5 Mio verringert.

Übersicht 3

### Ostdeutsche Arbeitsmarktbilanz nach Prognos 1991 – 2010 (Inlandskonzept)



Anm.: Die durch ● und \* gekennzeichneten Prognos-Produktionswerte wurden linear verbunden! Quelle: Prognos Deutschland Report Nr. 1, Basel 1993 IAB-VII/1-8/93

Selbst diese Entwicklung könnte einerseits noch zu optimistisch sein. So könnte es nach einer IAB-Modellrechnung, die von einem allmählichen Umschwung bei den Wanderungsbewegungen ausgeht und keinen so starken Rückgang wie Prognos bei den Frauenerwerbsquoten unterstellt, z. B. 2000 rd.

0,5 Mio mehr Erwerbspersonen als von Prognos errechnet geben. Andererseits hat das IAB Anfang 1992 in einem Szenario gezeigt, daß die Zahl der Erwerbstätigen nach einem Tief um das Jahr 1993 bei anhaltend günstiger westdeutscher und internationaler Konjunktur mit Investitionen in Höhe von 1,3 Billionen DM (in Preisen von 1990) bzw. jährlichen Investitionsquoten von rd. 40 % des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts bereits bis 2000 wieder auf fast 7 Mio gesteigert werden könnte, ohne Westdeutschland zu überfordern.

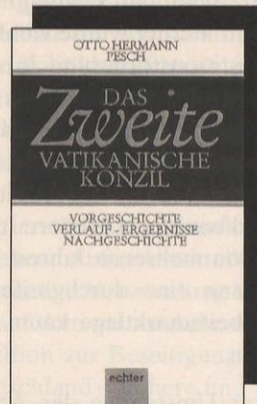
Unerlässlich für eine wieder befriedigende Beschäftigungslage und verbunden mit der dazu nötigen Anhebung der Produktivität auf westdeutsches Niveau und der Ausrichtung des Güter- und Dienstleistungsangebots an den Wünschen des Marktes ist auf jeden Fall die Angleichung der Wirtschaftsstruktur an westliche Trends und somit eine enorme Umschichtung der Arbeitsplätze, z. B. – wie auch die Prognos-Projektionen bestätigen – von Zweigen wie Landwirtschaft, Bergbau, Eisen- und Stahlerzeugung, Schiffbau, Lederindustrie, Verkehr, Staat zu Zweigen wie Kunststoffverarbeitung, Druckereien, EBM-Waren und die ganze Palette der privaten Dienstleistungsunternehmen und der Organisationen ohne Erwerbscharakter, außerdem von Großbetrieben zu kleinen und mittleren Unternehmen einschl. Handwerk und Freien Berufen. Dieser Mittelstand war in der ehemaligen DDR kaum mehr vorhanden, beschäftigt in den alten Ländern jedoch etwa zwei Drittel der Arbeitnehmer und hat sich als wesentliches Element einer erfolgreichen Marktwirtschaft erwiesen.

Auf jeden Fall sind derartige Umstrukturierungen nicht ohne erhebliche Freisetzen denkbar und benötigen Zeit. Aus politischen Gründen erfolgte jedoch 1990 eine schlagartige Liberalisierung der ostdeutschen Sachgüter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte, verbunden mit einer Aufwertung der Ostmark von etwa 350 Prozent. Diese Maßnahme und ihre Folgen kann man nicht der Marktwirtschaft anlasten. Einen solchen Aufwertungs- und Liberalisierungsschock hätte auch kaum ein westdeutsches Unternehmen überstanden, das im In- oder Ausland im internationalen Wettbewerb steht.

### Durchgreifende Besserung kaum vor Mitte der 90er Jahre zu erwarten

Wie schon seinerzeit eingehend diskutiert, blieben der Politik im Prinzip nur vier Ansatzpunkte übrig: niedrige Löhne, Abwanderung, Kompensation der Aufwertung, Transfer von Kapital und „know-how“ zum Aufbau einer modernen Produktions- und Infrastruktur. Die Politik hat sich aus guten Gründen vorwiegend für den letzten Weg entschieden und versucht, die unvermeidlichen Freisetzen durch beispiellosen Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums und von Transferzahlungen zu überbrücken. Weiterhin unterschätzt wurde aber zweifellos der *marode Zustand der ehemaligen DDR-Wirtschaft* und der *Zeitbedarf* für die erforderlichen Umstellungen und für die nötigen Lernprozesse der ostdeutschen Erwerbstätigen in Wirtschaft und Verwaltung.

### Der größte Einschnitt in der Kirchengeschichte dieses Jahrhunderts neu vorgestellt



#### Otto Hermann Pesch Das Zweite Vatikanische Konzil

Vorgeschichte, Verlauf, Ergebnisse, Nachgeschichte.  
444 Seiten. Broschur.  
DM 48,-/ öS 375,-/ SFr. 48,-.  
ISBN 3-429-01533-2.

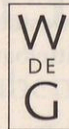
In dieser Gesamtdarstellung wird der größte Einschnitt in der Kirchengeschichte dieses Jahrhunderts, das Zweite Vatikanische Konzil, neu vorgestellt. Dabei werden

auch Quellentexte und Akten berücksichtigt, die erst in den letzten Jahren zugänglich geworden sind und die ein neues Licht auf Einzelvorgänge beim Konzil werfen.



### echter

„echter“-Bücher erhalten Sie bei Ihrem Buchhändler!



## Walter de Gruyter Berlin • New York

### Charisma Theorie - Politik - Religion

Herausgegeben von Winfried Gebhardt, Arnold Zingerle und Michael N. Ebertz

1993. 15,5 x 23 cm. 276 Seiten. Broschur DM 48,-  
ISBN 3-11-014047-0 (Materiale Soziologie - MASO TB3)

Der vorliegende Band geht der Frage nach, welche Bedeutung der Charisma-Begriff, so wie er von Max Weber in die Sozialwissenschaften eingeführt wurde, heute noch besitzen kann und inwieweit er zur Analyse modern sozialer Phänomene taugt.

In diesem Sinne bietet der Band eine Bestandsaufnahme der Charisma-Forschung in den Sozialwissenschaften.

Der erste Teil umfaßt drei Beiträge, die der Explikation und theoretischen Weiterführung des Weberschen Ansatzes gewidmet sind. Im Mittelpunkt des zweiten und dritten Teils steht die Anwendung des erweiterten Charisma-Begriffs auf historische und gegenwärtige Phänomene des politischen und religiösen Lebens.

Walter de Gruyter & Co., Berlin · New York Postfach 30 34 21, D - 10728 Berlin  
Tel.: (030) 2 60 05 - 0, Fax: (030) 2 60 05 - 2 51

Einzuräumen sind sicherlich auch Verzögerungen und Unzulänglichkeiten auf westdeutscher Seite bei Planung und Durchführung der Fördermaßnahmen. Ferner wurde wohl oft nicht genügend gesehen, daß Investitionsförderung in den neuen Ländern nicht allein durch Kapitalsubventionen erreicht werden kann, sondern mehrdimensional in großem Umfang auch beim Abbau administrativer Hemmnisse und Personalengpässe sowie bei der Absatzförderung ansetzen muß. Aber selbst in Westdeutschland benötigen größere Investitionen zumeist eine Vorlaufzeit von mehreren Jahren. Allein schon aus diesen Gründen kann eine durchgreifende Besserung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage kaum vor Mitte der 90er Jahre erwartet werden.

Die Finanzierungsmöglichkeiten zur Umstellung der Angebotspalette und Produktionsverfahren werden außerdem durch die Politik einer flächendeckenden schnellen Angleichung der Tarifverdienste an das Westniveau beeinträchtigt. 1992 lagen dadurch die für den Konsum verfügbaren realen Nettolöhne zwar fast doppelt so hoch wie 1989, die ostdeutschen Lohnstückkosten allerdings im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt bereits um etwa 140 Prozent über dem Stand von 1989 und um ca. 70 Prozent über den westdeutschen. Eine derartige Lohnkostenexplosion binnen kurzer Frist würden auch westdeutsche Unternehmen kaum verkraften können. Hinzu kommt die weitgehende Koppelung der Lohnersatz- und sonstigen Sozialleistungen an die Lohnentwicklung. Dies trug dazu bei, daß nach wie vor der größere Teil der westdeutschen Transferleistungen in den Konsum statt unmittelbar in die Investitionen fließt.

Nun kann zweifellos – wie auch Prognos betont – die Bundesrepublik ihr Wohlstandsniveau längerfristig nur mit der Wirtschaftsstruktur eines *Hochlohnlandes* und nicht als Billiglohnland sichern. Das heißt aber nicht, innerhalb kurzer Zeit hohe Löhne durchzusetzen. Sollte es nicht gelingen, die Lohnstückkostenrelation zwischen Ost- und Westdeutschland nachhaltig zu verbessern – laut Prognos nicht durch einseitigen Lohnverzicht, sondern durch eine von Staat, Unternehmen und Gewerkschaften gemeinsam verantwortete Wachstums- und Beschäftigungspolitik –, so könnte die zukünftige Beschäftigungslage noch ungünstiger ausfallen als prognostiziert.

## Anpassungsbereit auf die Herausforderungen der Zukunft reagieren

Zweifellos besteht die Gefahr einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland. Nach den Prognos-Schätzungen würde die Anzahl der registrierten Arbeitslosen in Gesamtdeutschland noch bis 2000 auf dem heutigen Niveau verharren und bis 2010 nur auf den Stand von 1991 zurückgehen. Dies ist jedoch keineswegs zwangsläufig. Die zitierten Prognos-Projektionen beschreiben einen *mittleren Trendpfad* auf Basis der gegenwärtig absehbaren Rahmenbedingungen und Verhaltensweisen. Es sind sowohl noch ungünstigere als

auch optimistischere Entwicklungen denkbar. Politisch unakzeptable Projektionsergebnisse sollten im Sinne der Warnfunktion von Prognosen als Herausforderung begriffen werden, sie nicht eintreten zu lassen.

Alle Untersuchungen zeigen: Die Gesamtzahl der Arbeitsplätze fällt um so höher aus, je offensiver, anpassungsbereiter und schneller Wirtschaft und Gesellschaft auf die Herausforderungen der Zukunft reagieren und mit Flexibilität und Investitionen den nötigen Strukturwandel vorantreiben. Schutzmaßnahmen und Erhaltungssubventionen wirken gesamtwirtschaftlich *kontraproduktiv* und können sogar letztlich die Revitalisierung einer ganzen Region blockieren. Sie sind daher höchstens als befristete Anpassungshilfe vertretbar, dabei im Osten eher als im Westen. In Ostdeutschland ist allerdings der Anpassungsbedarf so enorm, daß eine durchgreifende Wende auf dem Arbeitsmarkt gar nicht vor Mitte der 90er Jahre erwartet werden kann.

Der Strukturwandel begünstigt die Hochtechnologie-Produktion und die Dienstleistungen, dabei insbesondere die hochintelligenten und die internationalen Dienstleistungen. Denkbar ist, daß in einer arbeitsteiligen Weltwirtschaft in Deutschland längerfristig nur noch soviel Industrieproduktion nötig ist, „daß Forschung und Entwicklung in Produkte umgesetzt werden können“ (Roland Berger). Die oft weitgehende Fixierung von Politik und Öffentlichkeit auf die allgemeine Förderung der Industrie greift daher zu kurz. Z.B. ist die Bundesrepublik auf den Gebieten der wertschöpfungsintensiven internationalen Beratungs- und Finanzdienstleistungen unterrepräsentiert und Nettoimporteur. Die Beseitigung und Vermeidung von Umweltschäden wird zu einem neuen Wachstumsfeld usw. Nur mit „intelligenten Produkten und Diensten“ hat jede Branche Zukunftschancen. Ein Handikap für die Akzeptanz dieser Einschätzung ist allerdings, daß die neuen Märkte und Betätigungsfelder im einzelnen im voraus oft schwerer zu erkennen sind als Rationalisierungsmöglichkeiten.

Wie müßte folglich eine mittelfristige Wachstums- und Beschäftigungspolitik zur rascheren Bewältigung des Strukturwandels und damit schnelleren Abbaus der Arbeitslosigkeit aussehen? Hierauf näher einzugehen, würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Wichtig dürfte sein, generell in unserem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem wieder mehr Dynamik und Flexibilität zu ermöglichen, die Investitionsquote zu Lasten der Konsumquote zu steigern, die Qualifikation zu verbessern und – wie kürzlich Prof. Franz betonte – die Erkenntnis zum Allgemeingut werden zu lassen, „daß ein Sozialprodukt nicht nur (um-)verteilt, sondern vor allem erst einmal erstellt werden muß“. Aber auch die Frage einer Steuerung der Zuwanderung und das konjunkturelle Timing der Haushaltskonsolidierung wären in diesem Zusammenhang zu erörtern.

Näher zu diskutierende Stichworte für den Arbeitsmarkt wären darüber hinaus Weiterbildung der Arbeitskräfte, Stärkung der Anreizwirkungen über mehr Differenzierung der Einkommen, vermögenswirksame Bindungen von Lohner-

höhungen z. B. durch Investivlohnkonzepte, Entkoppelung und Flexibilisierung der Arbeits- und Betriebszeiten. Würde man z. B. die in Westdeutschland ermittelten unterschiedlichsten Teilzeitwünsche realisieren, ergäbe sich eine Reduktion des angebotenen Arbeitsvolumens in Std. um ca. 8 Prozent, das entspräche der derzeitigen Arbeitslosenzahl. Viele Betriebe könnten andererseits durch eine Abkoppelung und Verlängerung der Betriebszeiten ihre Kapitalstückkosten senken.

### Ein zweiter Arbeitsmarkt wirft viele Probleme auf

Solange die Arbeitslosigkeit hoch ist, bleibt allerdings nach den Erfahrungen der 70er und 80er Jahre auch eine *aktive Arbeitsmarktpolitik* auf hohem Niveau unverzichtbar, um mit Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einer Zunahme des Sockels schwer vermittelbarer Arbeitsloser entgegenzuwirken. Wie die positiven ostdeutschen Erfahrungen mit den „Umwelt-ABM“ und dem „Strukturförderprogramm“ zeigen, sollten derartige Maßnahmen aber generell

so weit als möglich so gestaltet werden, daß sie die Angebotsbedingungen für privates Wirtschaften verbessern sowie unmittelbar die wirtschaftlichen Aktivitäten der verantwortlichen Politikbereiche – z. B. der Gemeinden – unterstützen.

Der heute zunehmend geforderte umfassende Aufbau eines dauerhaften *zweiten Arbeitsmarktes* wirft dagegen noch viele ungeklärte Probleme auf. Man könnte diese Forderung auch als Anzeichen einer mangelnden Lohndifferenzierung auf dem ersten Arbeitsmarkt oder als Zeichen der Resignation ansehen. Außerdem stellt sich immer die Frage, ob nicht die alternative Verwendung knapper öffentlicher finanzieller Mittel auf dem ersten Arbeitsmarkt – z. B. für eine dringende Investition zur Beseitigung von Infrastrukturengpässen in Ostdeutschland – höhere und nachhaltigere Beschäftigungseffekte hat als die Verausgabung auf dem zweiten Arbeitsmarkt. Allerdings müßte sichergestellt sein, daß es auch tatsächlich per Saldo zu einer entsprechenden zusätzlichen öffentlichen Ausgabe auf dem ersten Arbeitsmarkt kommt bzw. ein überzeugendes wachstums- und beschäftigungspolitisches Konzept vorliegt.

Wolfgang Klaunder

# Gemeinschaft mit Bruchstellen

## Die fünfte Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung

*Unter dem Motto „Auf dem Weg zur Koinonia im Glauben, Leben und Zeugnis“ fand Anfang August in Santiago de Compostela die fünfte Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung statt. Seit der letzten Weltkonferenz dieser Art 1963 in Montréal hat sich ökumenisch viel getan; die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung des Ökumenischen Rates der Kirche hat dazu wichtige Beiträge geleistet. In Santiago zeigte sich, daß die Vorstellungen über den weiteren Weg der Ökumene derzeit beträchtlich auseinandergehen. Auch das Leitwort „Koinonia“ (Gemeinschaft) weist keinen Weg aus dieser schwierigen Situation.*

Die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung des Ökumenischen Rates der Kirchen hat gemäß ihrer Satzung das Ziel, „die Einheit der Kirche Jesu Christi zu verkündigen und die Kirchen aufzurufen zu dem Ziel der sichtbaren Einheit in einem Glauben und einer eucharistischen Gemeinschaft, die ihren Ausdruck im Gottesdienst und im gemeinsamen Leben in Christus findet, damit die Welt glaube“. Zum ersten Mal seit dreißig Jahren veranstaltete die Kommission im Rahmen und als besonderen Kristallisationspunkt ihrer Arbeit jetzt wieder eine *Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung*; Vertreter aller Kirchen, die in der Kommission mitarbeiten (darunter sind auch etliche Nichtmitgliedskirchen des ÖRK, vor allem die katholische Kirche), kamen dazu vom 4. bis 12. August im nordwestspanischen Santiago de Compostela zusammen. In der Hauptstadt der Autonomen Region Galizien, wo sich im „Heiligen Jahr“ 1993 besonders

viele Pilger zum Grab des Heiligen Jakobus drängen, berieten Christen aus allen Weltgegenden und konfessionellen Richtungen über den Stand und die künftigen Perspektiven der ökumenischen Bewegung.

Zweifellos der gewichtigste Beitrag von Glauben und Kirchenverfassung zur weltweiten Ökumene seit der letzten Weltkonferenz von 1963 im kanadischen Montréal waren die als „Lima-Dokument“ bekannt gewordenen *Konvergenzerklärungen zu Taufe, Eucharistie und Amt* (vgl. HK, August 1982, 376–397). Die fast 200 offiziellen Stellungnahmen der Kirchen zu diesen Texten (darunter war auch eine ausführliche katholische Stellungnahme; vgl. HK, Januar 1988, 27–43) boten ein gutes Spiegelbild sowohl der Erfolge wie der unbewältigten Fragen und Probleme beim Bemühen um eine Überwindung der Trennungen. In ihrer Auswertung der Stellungnahmen (Die Diskussion über Taufe, Eucharistie und